



Christian Solidarity International

Stiftung CSI-Schweiz
Zelglistrasse 64 | Postfach 70
8122 Binz (ZH)
Tel 044 982 33 33 | Fax 044 982 33 34
info@csi-schweiz.ch | www.csi-schweiz.ch
www.facebook.com/CSI.Schweiz

Fondation CSI-Suisse
Bureau Suisse romande
Könizstrasse 176
3097 Liebefeld
Tél. 031 971 11 45 | Mob. 079 820 71 40
info@csi-suisse.ch | www.csi-suisse.ch
www.facebook.com/CSI.francais

Zürich/Binz bei Maur, 15. September 2022

MEDIENMITTEILUNG

Kein weiterer Völkermord in Armenien!

CSI wendet sich mit einem Brief an Bundespräsident Ignazio Cassis: Die Schweiz soll eine internationale Initiative lancieren und verlangen, dass jegliche militärische Unterstützung Aserbaidschans bis zum Ende des aktuellen Konflikts ausgesetzt wird. Die Kirchen werden aufgefordert, sich mit den armenischen Christen zu solidarisieren und sich diesem Appell anzuschliessen.

(Binz bei Maur/CSI, 15.09.2022) – Am 13. September 2022 griff die Armee von Aserbaidschan die Republik Armenien an. Aserbaidschanische Soldaten drangen tief in armenisches Territorium ein, wo sie Städte und Dörfer bombardierten. Über 100 Soldaten sind bereits gefallen; die tatsächliche Zahl der Toten, Soldaten und Zivilisten, dürfte weit höher sein. Christian Solidarity International (CSI) fordert in einem Schreiben an Bundespräsident Ignazio Cassis die Schweiz auf, alles zu unternehmen, dass der Angriff durch Aserbaidschan und seine Helferstaaten verurteilt und auf eine Verhandlungslösung – auch in der Berg-Karabach-Frage – hingearbeitet wird.

Es ist die Fortsetzung eines Genozid-Prozesses

Der Angriff von Aserbaidschan ist eine weitere Etappe eines genozidalen Prozesses gegen die Armenier. Er begann im späten 19. Jahrhundert, als das Osmanische Reich Hunderttausende von armenischen Christen massakrierte, und er erreichte in den Jahren 1915 bis 1923 seinen Höhepunkt, als die Osmanen die christliche Bevölkerung Anatoliens liquidierten und anti-armenische Massaker im Kaukasus unterstützten. Von 1988 bis 1994 führte Aserbaidschan weitere ethnische Säuberungen von armenischen Christen durch.

Die jüngste Genozid-Welle erfolgte im Jahr 2020 mit dem Angriff Aserbaidschans auf das armenische Gebiet Berg-Karabach. In diesem 44-tägigen Angriffskrieg wurden Tausende Menschen getötet, und Aserbaidschan führte in den eroberten Gebieten eine ethnische Säuberung der armenischen Bevölkerung durch. Im Krieg von damals und auch beim jetzigen Angriff war für Aserbaidschan die Unterstützung durch die Türkei entscheidend. Die Gewalt wurde erst mit dem Einsatz einer russischen Friedenstruppe unterbrochen.

In Berg-Karabach sind 120'000 Armenier umzingelt

120'000 Armenier sind in der Enklave Berg-Karabach vom aserbaidischen Militär umzingelt, das in den letzten Monaten wiederholt armenische Dörfer angegriffen hat. Wie die Welt beim Massaker von Maragha 1992 mitansehen konnte, können sich die Armenier unter aserbaidischer Herrschaft nicht sicher fühlen. Sollte Aserbaidschan Berg-Karabach erobern, wird es zu weiteren ethnischen und religiösen Säuberungen in Armenien kommen. Mit dem aktuellen Angriff Aserbaidschans vom 13. September 2022 verlagert sich der Prozess der Vertreibung der armenisch-christlichen Bevölkerung wieder direkt auf das Gebiet der Republik Armenien. Sollten die Kämpfe eskalieren, könnte dies im schlimmsten Fall zur endgültigen Auslöschung der Armenier in ihrer Heimat führen.

Brief an Bundespräsident Cassis: Die Schweiz muss jetzt handeln

In einem Brief an Bundespräsident Ignazio Cassis, den Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten EDA, fordert CSI die Schweiz, als gewähltes Mitglied des UNO-Sicherheitsrats auf, alles zu tun, um eine weitere Eskalation im Kaukasus zu verhindern:

- Der militärische Angriff Aserbaidschans gegen den souveränen Nachbarstaat Armenien ist zu verurteilen.
- Die Schweiz soll auf ihren guten Ruf setzen und als gewähltes Mitglied des UNO-Sicherheitsrats mit einer internationalen Initiative verlangen, dass jegliche militärische Unterstützung Aserbaidschans bis zum Ende des Konflikts ausgesetzt wird.
- Nach denselben völkerrechtlichen Grundsätzen wie bei der Anerkennung des Kosovo soll die Schweiz in Erwägung ziehen, auf die Unabhängigkeit von Berg-Karabach hinzuwirken.

Die internationale Gemeinschaft muss und kann reagieren

Christian Solidarity International fordert die Vereinigten Staaten, die NATO und die Russische Föderation auf, jegliche Sicherheitszusammenarbeit mit Aserbaidschan auszusetzen, bis es seine Aggression beendet.

Gleichzeitig ruft CSI den UNO-Sicherheitsrat auf, seine Verantwortung wahrzunehmen und mit Nachdruck auf diesen Akt der Aggression zu reagieren und ihm Einhalt zu gebieten.

Die Kirchen sind aufgerufen, sich mit den armenischen Christen zu solidarisieren und sich diesen politischen Appellen anzuschliessen.

CSI | Christian Solidarity International ist eine Menschenrechtsorganisation für Religionsfreiheit und Menschenwürde mit Hauptsitz im Kanton Zürich. Wir setzen uns für Opfer religiös motivierter Gewalt und Benachteiligung ein: Wir stehen den Opfern vor Ort bei und geben ihnen eine Stimme. Zudem unterstützen wir jene, die unter den Folgen repressiver Regime leiden.

CSI-Büros gibt es in der Schweiz, den USA, in Deutschland, Frankreich, Tschechien, Ungarn und Südkorea.

www.csi-schweiz.ch

Kontakte:

Simon Brechbühl; Geschäftsführer CSI-Schweiz
044 982 33 40 | simon.brechbuehl@csi-schweiz.ch

Rolf Hoeneisen, Medienverantwortlicher CSI-Schweiz
044 982 33 77 | rolf.hoeneisen@csi-schweiz.ch